

## **A n t r a g**

**der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Entschließung**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 16/519 –

**Landeshaushaltsgesetz 2012/2013 (LHG 2012/2013)**

### **Politische Jugendbildungsarbeit freier Träger unterstützen**

Der Landtag stellt fest:

Eine lebendige Demokratie lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Von Kindesbeinen an bedarf es hierfür schulischer und außerschulischer Angebote, die Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zur politischen Meinungsbildung begleiten.

Durch eine beteiligungsorientierte Jugendpolitik gestalten und entwickeln junge Menschen selbst Projekte, Seminare und Veranstaltungen. Im Rahmen der sozialen und der politischen Jugendbildung werden Jugendliche darin unterstützt, ihre Interessen in unserer Gesellschaft selbst zu vertreten. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt der aktuellen Diskussion zum Thema Rechtsradikalismus kommt der Stärkung sozialer und politischer Bildung eine wichtige Rolle zu.

Der Landtag begrüßt:

Die politische Jugendbildungsarbeit in Rheinland-Pfalz wird weiterhin auf hohem Niveau fortgesetzt. Gerade in den dadurch ermöglichten Seminaren, Projekten und Veranstaltungen wird ein Grundstein für eine lebendige Demokratie gelegt.

Voraussetzung für die Organisation der politischen Jugendbildungsarbeit ist die Arbeit der Jugendverbände in Rheinland-Pfalz. Eine gezielte Unterstützung von Jugendorganisationen, insbesondere des Landesjugendrings, ist für die Zukunft unserer Jugend wichtig und wird im vorliegenden Haushalt intensiviert.

Den Rahmen für die politische und soziale Jugendbildung stellen oft Freizeitangebote in Ferienzeiten dar. Deshalb ist die Erhöhung der Zuschüsse für die Maßnahmen der sozialen Bildung im Laufe der Legislaturperiode von einem Euro pro Tag und Teilnehmenden auf zwei Euro pro Tag ein wichtiger Schritt. Im Doppelhaushalt 2012/2013 wird der Unterstützung der sozialen Bildung mit einer ersten Teilerhöhung des Tagessatzes Ausdruck verliehen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die außerschulische politische Jugendarbeit als eigenständiges Angebot abzusichern und in ihren Strukturen zu stärken;

b. w.

2. die Jugendorganisationen im Land insbesondere über den Landesjugendring als feste Struktur zu unterstützen und den Jugendverbänden zu helfen, ihre Angebote weiter auszubauen sowie das Ehrenamt zu fördern.

Für die Fraktion  
der SPD:  
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Nils Wiechmann